



FRAUEN & ENERGIE

Frauen spielen bei der Energiewende eine entscheidende Rolle. Doch wo bleibt die Chancengleichheit. **Seite 3**



RADMODELLREGION

In Wels Umland haben sich Gemeinden zusammengetan und fördern den Radverkehr. **Seite 5**



PROPORZ ABSCHAFFEN

Oberösterreich braucht endlich eine moderne Regierungsform und mehr Minderheitenrechte. **Seite 6**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 117 APR. 2023 25. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 01/2023 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



WEN JUCKEN NOCH DIE FAKTEN?

Mit ihren zahlreichen Ansagen zur Klimapolitik und Coronapolitik reiht sich die ÖVP schön langsam ein ins Lager der Realitätsverweiger:innen á la Münchhausen. Erzählt wird, was draußen ankommt. Am besten werden Märchen erzählt, dass alles wieder gut wird und all die Warnungen nur schlechte Fiktion sind.

Kommen bald finstere Zeiten auf uns zu, bei der Fakten nur mehr dann eine Rolle spielen, wenn es alternative Fakten sind?

Mehr dazu auf Seite 2

KLIMAPOLITIK IST AUCH IMMER FEMINISTISCHE POLITIK.

Das lässt sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln begründen. So sind im globalen Kontext Frauen laut einem UN-Bericht 14-mal mehr von den Folgen der Klimakrise betroffen als Männer.

Oder Frauen arbeiten beispielsweise vermehrt in Branchen wie im CARE-Sektor, in der Pflege oder im Gesundheits- und Bildungsbereich, die einerseits noch immer signifikant schlechter bezahlt werden als z.B. die klassischen Männerberufe. Gleichzeitig sind die „weiblichen Berufsfelder“ wesentlich „klimagerechter“.

Da sich eine feministische Zukunftsvorstellung genauso wie eine klimafreundliche Vision am guten Leben für alle orientiert, heißt das also, dass es durchaus gemeinsame Bestrebungen gibt, die aus unserer Sicht viel mehr Beachtung und verbesserte Rahmenbedingungen verdienen. Unser Einsatz für ein gewaltfreies Leben, für ein selbstbestimmtes Leben mit gerechter Teilhabe an allen gesellschaftlichen Macht- und Entscheidungsprozessen, aber

auch bezüglich gerechter Repräsentanz in Politik und Wirtschaft ist mit einer klimagerechten Welt untrennbar verbunden.



Darum möchten wir uns in Zukunft verstärkt mit diesen Themen, aber auch ganz aktiv mit der Rolle von Frauen in der Klimabewegung beschäftigen. Mit jenen, die aktiv in politischer Verantwortung sind, aber auch mit jenen, die in der ersten Reihe stehen, wenn es um Aktivismus und Engagement in der Klimabewegung geht.

Klimapolitik ist auch immer feministische Politik. Grüne Politik ist beides!

■ DAGMAR ENGL IST FRAUENSPRECHERIN DER GRÜNEN OÖ UND LANDTAGSABGEORDNETE

Veranstaltungshinweis: Die Grünen Frauen OÖ haben Lena Schilling zum Thema Feminismus und Klimapolitik am 21.4. im Pressezentrum Altes Rathaus Linz, 19 Uhr zu Gast.

GRÜN-AKTIV APP

JETZT RUNTERLADEN UND DU BIST IMMER INFORMIERT



I-Phone (App-Store)



Android-Handy (Google Play)

INFOS
MIT-DIR.AT/
GRUEN-
AKTIV



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

KEIN STAAT
MIT ANTIDEMO-
KRAT:INNEN

Am 23. März 1933 beschloss der Deutsche Reichstag das sogenannte Ermächtigungsgesetz und schaffte somit die Demokratie ab. Diesem Gesetz stimmten auch die Vorgängerparteien der heutigen CDU und CSU zu. Der nachfolgende – vom Parlament abgesegnete – Staatsterror hatte eine Vorgeschichte, die 90 Jahre später alle Alarmglocken läuten lässt. Damals ermöglichten Anhänger der „Konservativen Revolution“ den rasanten Aufstieg der Nationalsozialisten. Schon vor Jahren zeigte der Historiker Christian Jostmann das „zwiespältige Paradoxon“ auf, wie eben jene Konservativen zum Steigbügelhalter der Diktatur wurden. „Sie bereiteten ganz anderen Kräften den Boden auf, die sich ihrer nach getaner Arbeit entledigten und jene in die KZs deportierten.“

Auch wenn die heutige Zeit mit jener von vor 90 Jahren nicht vergleichbar ist, müsste für die ÖVP schon aus Gründen der Staatsräson eine Koalition mit der FPÖ tabu sein.

Wenn nun aber Corona-Leugner:innen und andere Obskurant:innen salonfähig gemacht werden, ist es besorgniserregend. Die ÖVP zeigt in Niederösterreich jenen Bürger:innen, die sich an die Gesetze gehalten haben und die Corona-Maßnahmen solidarisch mitgetragen haben, die kalte Schulter. Auf jeden Fall wird dadurch das Fundament unseres Gemeinwesens untergraben,

... meint Marco Vanek
Chefredakteur



Baron Münchhausen reitet auf der Kanonenkugel (1873)

POLITIK DER FAKTEN
STATT DER LÜGEN!

Gerade erleben wir, wie die ÖVP ihre Politik neu ausrichtet, weg von den Fakten hin zur Fiktion und Lügenkonstrukten. Niederösterreich macht gerade den Anfang einer neuen Politikära abseits der Evidenz.

■ MARCO VANEK

Johanna Mikl-Leitner hat es wieder geschafft. Am 23. März wurde sie als Landeshauptfrau bestätigt mit gerade mal einer Stimme mehr als die ÖVP-Sitze im NÖ. Landtag hat. Ihr neuer Koalitionspartner, die strammrechte FPÖ, hat sie nicht einmal gewählt.

Zum Dank unterschreibt sie ein Koalitionsprogramm, das von Kickl und seinen wissenschafts- und fremdenfeindlichen Nationalisten diktiert wurde. Es gab anscheinend mehr Überschneidungspunkte mit der FPÖ als mit der Landes-SPÖ, ließ sie später ausrichten.

Dieser „Kickl-Leitner-Pakt“, wie ihn manche nennen, ist wahrlich ein Schlag ins Gesicht von Fortschritt und Entwicklung in einem Land, das sich noch vor ein paar Jahren eingesetzt hat, Spitzenforschung (University of Excellence) nach Niederösterreich zu bringen. In Erinnerung sind auch die fortschrittlichen Museumsgründungen wie etwa jenes von Hermann Nitsch im Weinviertel, das Erwin Pröll trotz Widerstandes aus den eigenen Reihen durchgesetzt hat. Jedenfalls hatte die Kulturpolitik einen großen Anteil daran, dass

das einstige konservative Agrarland moderner und weltoffener wurde.

Was nun kommen wird, lässt sich nur erahnen: Gleichstellungspolitik wird zurückgefahren, geschlechtersensible Sprache am Amt abgeschafft, evidenzbasierte Gesundheitspolitik wird durch Bauchgefühl und Lügen ersetzt, Sachdebatten durch Kulturkämpfe, Fiktion durch Fakten...

Ist das die neue Politik der gesamten ÖVP?

Nur zehn Tage bevor der Weltklimarat ein Update der Fakten vorgelegt hat, hat ÖVP-Chef und Bundeskanzler Karl Nehammer seine Zukunftsrede in luftiger Höhe gehalten. Da setzte er bereits Pflöcke der neuen ÖVP-Politik ein, die einige Tage später durch den Koalitionspakt in Niederösterreich bestätigt wurden.

„Österreich ist das Autoland schlechthin“, meinte er mit Blick auf die Branche, und „auch ich werde mich dagegen aussprechen, den Verbrennungsmotor zu verbannen“.

„Fleischkonsum und Auto zu verbieten sind keine Antworten.“

Er wolle die Sorgen der Jungen nicht kleinreden, aber man müsse mit Kreativität und Innovation in der Technologie gegen den Klimawandel vorgehen, und „dieser Untergangsapokalypse“ der Aktivisten entgegen treten.

Nicht nur Niederösterreich, sondern ganz Österreich und Europa stehen vor gewaltigen



Wie im Märchen von Baron Münchhausen: „Ich habe mich auf mein Ziel zubewegt.“

Herausforderungen durch den Klimawandel. Wir müssen uns der Transformation der Wirtschaft stellen, sie vom großen Energiehunger entwöhnen. Eine zukunftsfähige und klimaneutrale Politik zu verfolgen ist mühsam und anstrengend. Aber zu einer verantwortungsvollen Politik gehört auch, Überzeugungsarbeit zu leisten. Doch die ÖVP schwenkt nun in eine gegenteilige Richtung um. Dort, wo die Rechten mithilfe von Lügenkampagnen Teile der Bevölkerung aufgestachelt haben, möchte sie nun auf den Stimmungswellen mitsurfen, nur um weiterhin an der Macht zu bleiben.

Viele schütteln nur den Kopf über diesen Richtungswechsel und fühlen sich gefrotzelt. Es sind vor allem jene Menschen, die täglich an den Unis, in der Verwaltung, in den Gemeinderäten, in innovativen Unternehmen nachdenken, was wir verändern müssen, damit unser Land weiterhin zukunftsfähig bleibt.

In Zeiten wie diesen brauchen wir aber eine Politik, die auf Fakten setzt und nicht auf Lügen, die sich den Herausforderungen stellt und sich nicht hinter Lügengebäuden versteckt.

DAS MÄRCHEN VON DEN SAUBEREN E-FUELS

Warum die Kraftstoffe aus Ökostrom und Wasserstoff doch nicht so effizient sind.

Es wäre eine tolle Geschichte: Wir produzieren einfach massenhaft klimaneutrale E-Fuels und können weiter mit unseren Verbrenner-Pkw fahren, weit nach 2040 oder 2050, wenn Österreich und Europa längst klimaneutral sein wollen. E-Fuels sind tankbare Kraftstoffe, die aus Wasserstoff und CO₂ hergestellt werden. Unsere Pkw mit Verbrennermotoren wären

damit glücklich, es handelt sich schließlich um ultrasauberen Sprit, der noch dazu klimaneutral ist. Glücklicherweise auch die Autolobby, die eine ineffiziente Motorentechnologie (Verbrenner) und ihr Geschäftsmodell (Treibstoffverkauf über Tankstellen) hinüberretten könnten.

„E-Fuels brauchen viel Energie und werden teuer sein.“

Der Haken dabei: Um sie herzustellen, wird sehr, sehr viel Ökostrom benötigt. Ökostrom

deshalb, weil es sonst keine klimaneutralen Treibstoffe wären. Denn aus dem Auspuff eines mit E-Fuel betriebenen Pkw kommt einmal mehr das Treibhausgas CO₂. Doch da dieses CO₂ vorher aus der Luft geholt wurde, um die E-Fuels zu erzeugen, ist es eine Nullrechnung fürs Klima, es kommt kein zusätzliches CO₂ in die Atmosphäre. Zudem ist die Produktion von E-Fuels im Vergleich zum direkten Verbrauch von Strom in einem E-Auto auch deutlich weniger effizient. Eine 2021 erschienene Studie des deutschen Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) geht davon aus, dass das Ver-

brennen von E-Fuels in Motoren oder Triebwerken fünfmal so viel Energie verbraucht, als den Strom direkt zu nutzen.

„Wir werden E-Fuels trotzdem brauchen, dringend und in großen Mengen. Sie können dort eingesetzt werden, wo wir keine Alternative haben, etwa im Flug- und Schiffverkehr. Aber wir müssen ehrlich sein in der Debatte. E-Fuels brauchen viel Energie und werden teuer sein. Man streut den Menschen Sand in die Augen, wenn man meint, sie können 2035 mit E-Fuels Auto fahren“, sagte kürzlich Klimaministerin Leonore Gewessler.

MEHR CHANCENGLEICHZEIT FÜR FRAUEN IN DER ENERGIEBRANCHE

Frauen spielen bei der Energiewende eine entscheidende Rolle. Doch es ist noch ein langer Weg zu mehr Chancengleichheit in der Energiebranche. Das zeigt nicht nur die Arbeitsrealität, sondern belegt auch eine Studie des Austrian Institute of Technology.

■ IRENE MAYER-KILANI

Nur zehn Prozent der Frauen haben bisher in Österreich den Sprung in die Führungsebene bei Energieunternehmen geschafft. Insgesamt sind rund 24 Prozent der Angestellten im Energiesektor weiblich. „Wir müssen Geschlechterstereotypen entschieden entgegenwirken und Klimaberufe auch für Frauen attraktiv gestalten“, betonte Energieministerin Leonore Gewessler.

Nachwuchsförderung

Die Forscherinnen vom Austrian Institute of Technology (AIT) Julia Himmelsbach und Lisa Diamond präsentierten kürzlich Lösungsansätze, um die Situation zu verbessern. Wichtig sei eine Nachwuchsförderung, wo bereits früh neue Rollenbilder und Kompetenzen aufgebaut und gefördert werden. Es müssten bei der Rekrutierung unterschiedliche Gruppen in Bezug auf Sprache, Repräsentation und Role Models angesprochen werden. Weiters seien faire und transparente



Brigitte Bach (Vorstandsmitglied, Salzburg AG): „Wenn sich wirklich was verändern soll, wird es ohne Quoten nicht gehen.“

Bewerbungsprozesse wichtig. Das Angebot unterschiedlicher Arbeitsmodelle würde für Mitarbeitende – insbesondere für Personen mit Betreuungstätigkeiten für Kinder und alte Angehörige sowie für Personen mit Behinderung – die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Privatleben verbessern. Im Rahmen der Studie wurden Geschäftsberichte und Nachhaltigkeitsberichte, aber auch Informationen zu Frauenförderung, Gender-Mainstreaming und Diversität analysiert. Insgesamt wurden Daten von 116 Organisationen aus allen neun Bundesländern herangezogen.

Was können Unternehmen tun, um Karrieren von Frauen in der Energiebranche zu fördern? Über diese Frage tauschten

sich Salzburg AG-Vorständin Brigitte Bach und OurPower-Vorständin Hemma Bieser bei der Podiumsdiskussion der Veranstaltung „Frauen stärken die Energiewende – Für mehr Chancengleichheit in der Energiebranche“ aus.

Energiegemeinschaften

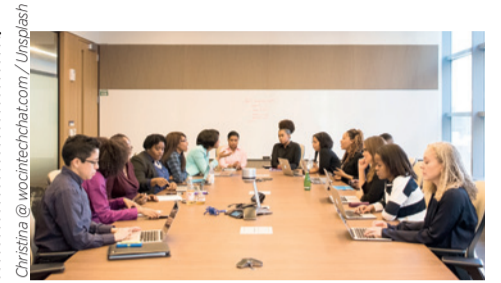
Im Zuge der Energietransformation entstehen neue Chancen für Frauen, aber auch für alternative Wirtschaftsformen. „Denn die Konzepte der Energiewende sind ein Gegenpol zu den hierarchischen Strukturen der etablierten Energieunternehmen“, betonte Bieser. Bei der Energiewende können alle mitmachen und ihre eigene PV-Anlage installieren oder in Bürgerkraftwerke

investieren. Die Rede ist von Energiegemeinschaften und neuen Strukturen, die demokratischer sind als bisherige. Das Thema Gleichstellung bei der Energietransformation ist zentral. Denn es ist wichtig, alle Frauen, die in diesem Feld arbeiten und erfolgreich sind, vor den Vorhang zu holen und ihre Arbeit sichtbar zu machen, sagte Bieser.

Frauen in Führungspositionen

„Frauen wirtschaften nachhaltiger und kommen besser durch Krisen“, berichtet Vorständin Bach. Das haben auch Daten aus der Coronakrise bestätigt. Der aktuell herrschende Fachkräftemangel bietet Frauen „tolle Chancen“, ist die Managerin überzeugt: „Wir müssen Frauen in den Arbeitsmarkt reinholen und ihnen Verantwortung übertragen.“ Als Bach die Vorstandsposition bei der Salzburg AG übernahm, lag der Frauenanteil bei 17 Prozent. Heute beträgt der Mitarbeiterinnen-Anteil 20 Prozent. In der Führungsebene des Energieunternehmens stieg der Anteil von 5 Prozent auf 11 Prozent während ihrer Zeit, berichtet Bach.

Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, müssen 50 Prozent Frauen auf der Bewerbungsliste stehen. Dabei bringt Bach die Frauenquote ins Spiel. „Wenn sich wirklich was verändern soll, wird es ohne Quoten nicht gehen“, so die Vorständin. Die Frage ist, wie Quoten umgesetzt werden. Abgänge bei Pensionierungen und Personalfuktuationen sollten mit einer Frau nachbesetzt werden, schlägt Bach vor.



FRAUEN NETZWERKEN ANDERS ALS MÄNNER

„Männer nutzen Netzwerke und Seilschaften dafür, um den nächsten Karriereschritt zu planen und für ihr persönliches berufliches Weiterkommen“, beobachtet Hemma Bieser.

Frauen hingegen nutzen Netzwerke, weil sie gemeinsam an einer Verbesserung und an einer Veränderung arbeiten wollen. „Sie wollen sich engagieren und gemeinsam etwas bewirken“, so Bieser.



FLEXIBLE ARBEITSMODELLE

Die Autorinnen in der AIT-Studie plädieren für flexible Arbeitsmodelle, um mehr Frauen zu beschäftigen. Dazu zählen Teilzeit und Job Sharing, Homeoffice, flexible Arbeitsgestaltung, Karenz und Freistellungen, Ausbau der Väterkarenz. Aber auch adäquate Arbeitsmodelle und Infrastruktur für ältere und beeinträchtigte Mitarbeitende sollten geschaffen beziehungsweise verbessert werden. Zur Prävention von Diskriminierung empfehlen die Studienautorinnen den Ausbau inklusiver Organisationskulturen und ein regelmäßiges Monitoring der Fortschritte.

AUSSTELLUNGSTIPP: WHAT THE FEM*?

Das Nordico Stadtmuseum Linz wagt mit der aktuellen Ausstellung ein spannendes Experiment, das Aktivist:innen, Frauen-, LGBTQIA+-Vereine einlädt, sich aktiv an der Ausstellung zu beteiligen.

■ SANDRA PROMMER

Feminismus! Ein Wort, über das immer wieder hitzig diskutiert wird. Ein Begriff, der polarisiert und manchen Menschen sogar Angst einjagt. Feminismus ist aber noch viel mehr: eine politische Bewegung, eine Liste an Forderungen, eine Haltung und viele verschiedene Perspektiven. Diese Ausstellung zeigt, wie vielschichtig Feminismus

wirklich ist. Das Nordico Stadtmuseum bietet mit „What A Fem“ ein Angebot, sich mit Feminismus in all seinen Facetten auseinanderzusetzen. Man kann die Werke der verschiedenen Künstler:innen bewundern, sich auf diese einlassen, sich in den vielseitigen Workshops selbst auszudrücken und somit aktiv in feministische Ansichten eintauchen. Präsentiert

werden darüber hinaus über 50 Künstler:innen, die einen augenzwinkernden, berührenden oder ernsthaften Blick auf das Thema werfen. Die Ausstellung zeigt damit vor allem eines auf: den einen Feminismus gibt es nicht. Das Besondere an dieser Perspektivenschau: zu Ausstellungsbeginn waren einzelne Wandbereiche leer, die bis zum Ende der Ausstellung im Mai 2023 durch einen Prozess gemeinsam mit Besucher:innen und eingeladenen Aktivist:innen befüllt werden sollen. Dabei kann es passieren, dass die ursprüngliche Museumserzählung infrage gestellt oder unterbrochen wird.



Frauentag in Linz, 1951



In sechs abgestimmten thematischen Räumen zu den Schwerpunkten Rollenzuschreibungen, Körperbilder, Inklusion, Aktivist:

mus, Solidarität und Herkunft erlebt man durch zeitgenössische künstlerische Positionen gespickt mit historischen Artefakten einen lebendigen Diskurs zum Feminismus von 1950 bis heute. Die ausgestellten Kunstwerke stammen von bekannten und jungen zeitgenössischen Künstler:innen und zeigen die künstlerischen Positionen des gesellschaftspolitischen Geschehens. Es geht um Fakten, Gefühle, Erfahrungen, subjektive Wahrnehmungen und Haltungen...

Die Ausstellung „What the Fem*“ im Stadtmuseum Nordico Linz läuft noch bis 28. Mai 2023.



EIN HOCH DEM GEHEN

Nach wie vor wird dem Zufußgehen in der Verkehrsplanung nur selten jenes Gewicht verliehen, das ihm eigentlich zustehen müsste. Gehen ist die umweltfreundlichste und billigste Mobilitätsform und praktisch für jeden und jeder an fast allen Orten möglich. Das Klimaschutzministerium (BMK) hat daher kürzlich eine österreichweite Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich der verkehrspolitischen Koordination des Fußgänger:innenverkehrs widmet.

Zur Umsetzung hat das BMK im Rahmen von „klimaaktiv mobil“ eine Förderungsoffensive für den Ausbau hochqualitativer Infrastruktur für den Fußverkehr geschaffen, sowie die Straßenverkehrsordnung fußverkehrsfreundlich novelliert. Der 2015 erstellte Masterplan Gehen wird nun für den Betrachtungshorizont 2030 weiterentwickelt und umgesetzt. „Mit dem neuen Masterplan Gehen 2030 und dem neuen ‚klimaaktiv mobil-Förderschwerpunkt‘ für Fußverkehrsinfrastruktur setzen wir das Regierungsprogramm zur Forcierung der aktiven Mobilität und den Mobilitätsmasterplan konsequent um und leisten einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende“. In einigen Städten gibt es bereits Fußgänger:innenbeauftragte, als wichtige Ansprechpartner:innen für die aktive Mobilität. So auch in Graz, wo die Basis für ein durchgängiges, barrierefreies Fußwegenetz für sichere Schulwege und der Vorrang für Fußgänger:innen bereits Schritt für Schritt umgesetzt wird. (mv)

RADVERKEHR BRAUCHT INFRASTRUKTUR

Das Fahrrad ist als nachhaltiges, günstiges und individuelles Verkehrsmittel nicht mehr wegzudenken. Fahrradfahren stärkt die Gesundheit und fördert zusätzlich die Mobilitätswende.

■ IRENE MAYER-KILANI

Spätestens an den ersten warmen Frühlingstagen wird der Drahtesel aus dem Winterschlaf geweckt. In den Wochen vor Ostern werden etwa 50 Prozent aller Fahrräder eines gesamten Jahres verkauft, melden die Händler. Die Tendenz dabei ist steigend.

Rückwind dazu kommt aus der (grünen) Politik. Die heimische Klimastrategie sieht vor, den Anteil des Radverkehrs an allen Wegen bis zum Jahr 2025 auf 13 Prozent zu verdoppeln. In Vorarlberg liegt der Radverkehrsanteil bei 16 Prozent. Der Anteil des Radverkehrs ist dort hoch, wo die Verkehrsplanung den Zweirädern ausreichend Platz einräumt, resümiert der Verkehrsclub Österreich (VCO) in einer aktuellen Statistik. Als Hintergrund: 40 Prozent aller privaten Autofahrten hierzulande sind kürzer als fünf Kilometer.

Radwegnetz ausbauen

Damit mehr Menschen regelmäßig das Rad nutzen, braucht es deutliche Verbesserungen bei der Fahrrad-Infrastruktur. Laut Experten des VCO müsste das Netz der Radwege massiv ausge-



baut werden. Weiters müssen gefährliche Kreuzungen gesichert, Tempo-30-Zonen ausgeweitet und eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr geschaffen werden. Radabstellanlagen im öffentlichen Raum und fahrradfreundliche Ampelschaltungen sind ebenfalls erforderlich.

„Eine Effizienzsteigerung des Radverkehrs lässt sich mit ‚Rad-Highways‘ erzielen.“

Die Erfahrung aus radaffinen skandinavischen Städten zeigt: Eine Effizienzsteigerung des Radverkehrs lässt sich mit sogenannten „Rad-Highways“ erzielen, die für schnelle Radverbindungen innerhalb der Stadt und mit dem Umland sorgen. Die neue Stärke des Fahrrads wirkt sich auch auf die Verkehrsplanung aus: Das Klimaschutzministerium stockt die Investitionen in die Fahrradinfrastruktur auf und schafft so langfristig bessere

Rahmenbedingungen für die Fahrrad-Branche.

Der Klima- und Energiefonds fördert Projekte im Bereich „Aktive Mobilität und Mobilitätsmanagement“ mit 67 Millionen Euro, dotiert aus Mitteln des Klimaschutzministeriums (BMK). „Indem wir die aktive Mobilität stärken, tun wir nicht allein unserer Gesundheit etwas Gutes, sondern auch dem Klima und der Umwelt. Selbst in die Pedale treten bedeutet, sich für die Energiewende einzusetzen“, betonte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler. Gefördert werden unter anderem elektrische Transport-, Falt- und Fahrräder, Radabstellanlagen, Radschnellverbindungen und auch der Ausbau von Radwegenetzen. Innerhalb eines eingereichten Antrags können mehrere Maßnahmen miteinander kombiniert werden, teilt das Ministerium mit.

Die Corona-Pandemie hat für einen „Boom“ in der Fahrrad-Branche gesorgt. Die Lager wurden vor allem zu Beginn

der Pandemie leer gekauft. Die Händler kamen mit den Vorbestellungen kaum nach. Im Jahr 2021 wurden 490.394 Fahrräder verkauft. Die Nachfrage überstieg dabei das Angebot, berichtet der Verband der Sportartikelerzeuger und Sportausrüster Österreichs (VSSÖ). Auch die Nachfrage nach Versicherungen für E-Bikes ist – laut dem Online-Vergleichsportal durchblicker.at – um 63 Prozent gestiegen.

„Boom“ der E-Bikes

Wie wichtig die Fahrradindustrie für den heimischen Wirtschaftsstandort ist, belegen nicht nur die Verkaufszahlen. Der Umsatz hat 2021 erstmals die Milliardenmarke überschritten und liegt bei 1,03 Milliarden Euro. Das liegt vor allem am „Boom“ der E-Bikes, die 73 Prozent des Gesamtumsatzes ausmachen. Die Durchschnittspreise liegen derzeit bei rund 2.095 Euro – klassische Fahrräder kosten rund 1.289 Euro, für E-Bikes muss man im Schnitt 3.410 Euro bezahlen.

RAD UND ZUG BESSER AUFEINANDER ABSTIMMEN

Bequemer und günstiger mit Bahn & Rad

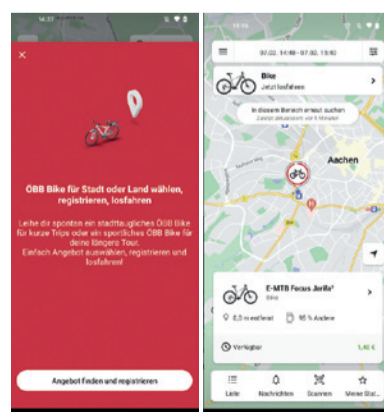
■ IRENE MAYER-KILANI

Die ÖBB hat im vergangenen Sommer ihre neue Fahrradstrategie präsentiert. Die Mitnahme soll künftig günstiger und bequemer werden. Zum Angebot gehören eigene Fahrradzonen sowie ein Tür zu Tür Gepäckservice. Das Unternehmen will pro Jahr an den Bahnhöfen rund 1.500 zusätzliche Abstellplätze schaffen. Auch das Bikesharing sowie

die Bike&Ride-Anlagen werden ausgebaut.

Die Radlobby Österreich sieht allerdings noch Verbesserungsbedarf und präsentiert ihrerseits eine „Strategie für Bahn & Rad“ mit fünf konkreten Vorschlägen. Als Bundesverband vertritt die 2013 gegründete Radlobby die Interessen aller radfahrenden Menschen auf Bundeslandebene sowie als Mitglied der „European Cyclists Federation“ auf internationaler Ebene.

1. „Rad-Parkplätze“
Die Radabstellanlagen an den



App: ÖBB Bike / DIGI@ttack

Bahnhöfen sollten gezielt nach Qualitätskriterien und umfassender Generalplanung flächende-

ckend ausgebaut werden. Vorbild dabei könnte die Schweizer Bahn SBB sein, die die Radinfrastruktur in den vergangenen Jahren beachtlich ausgebaut hat.

2. Radmitnahmeniveau steigern

Nach dem Umbau des railjet und der Umstellung von IC auf RJ sollten die Radmitnahmekapazitäten nicht vermindert, sondern ausgebaut werden.

3. Faire Tarife

Die Kostenberechnung des Radtickets mit 10 Prozent des Normaltarifs kommt durch den Mindesttarif von zwei Euro und

Reservierungsentgelt nicht bei Kunden und Kundinnen an. Daher sollten beide Tarife gesenkt werden.

4. Vorteils-card-Vorteile

Die ÖBB sollten ihren RadkundInnen mit Vorteils-card nach Streichung der 50 Prozent-Radmitnahmereduktion wieder mehr Vorteile bieten.

5. Zielgruppenangebote

Ergänzend zum Produkt „Einfach Raus“ sollte es spezifische Tickets für pendelnde AlltagsradlerInnen und RadtouristInnen wie Tageskarten und Saisonkarten geben.

EINE REGION TRITT IN DIE PEDALE

Wels Umland hat sich zur Radmodellregion erklärt und möchte mit gezielten Initiativen, Aktionen und Förderungen den Radverkehr steigern. Die vielen Aktionsbausteine haben durchaus Vorbildcharakter für andere Regionen.

MARCO VANEK

Ziel dieses Landes-Projekts ist eine deutliche Steigerung des Radverkehrs in der Stadt Wels und den Umlandregionen mithilfe der Umsetzung konkreter Pilotprojekte und der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für jeden und jede Radfahrer:in. Dieses Projekt startete bereits 2018 mit den teilnehmenden

Gemeinden Buchkirchen, Gunkskirchen, Holzhausen, Krenglbach, Marchtrenk, Schleißheim, Steinhaus, Thalheim, Weißkirchen und Stadt Wels. Diese Region bietet darüber hinaus beste Voraussetzungen, um die Natur, Arbeitsstätten, Lokale und Freizeitziele mit dem Rad zu erreichen.

KINDER-RAD-ANHÄNGER TESTEN

Im April startet die Aktion „Geschickt verkuppelt“, wo Kinderanhänger an Familien bis zu 10 Wochen zu Testzwecken verliehen werden. Als Testob-



jekte stehen drei hochwertige Kinderradanhänger (Zweisitzer, Thule Coaster) für jeweils zehn Wochen zur Verfügung. Die Aktion wandert von Gemeinde zu Gemeinde in der Radmodellregion. Je Gemeinde bekommt eine Familie die Chance einen Kinderradanhänger zu testen. Am Ende des Jahres werden drei Anhänger unter den teilnehmenden Familien verlost. www.radmodellregion.at/gschickt-verkuppelt/

MOBIL.CHECK

Betriebe erhalten mit dem mobil.check eine Analyse, wie hoch das Verlagerungspotenzial der Mitarbeiter:innen vom Kfz auf Bus, Bahn und Rad ist. Eine Online-Mitarbeiter:innenbefragung ermittelt, mit welchen Verkehrsmitteln die Mitarbeiter:innen derzeit zur

Arbeit kommen und welche Anliegen und Anregungen zur Verbesserung der Mobilität für den täglichen Arbeitsweg bestehen. Damit kann der Betrieb gezielte und wirksame Maßnahmen zur Mobilitätsverbesserung seiner Mitarbeiter:innen setzen.

MIT DEM RAD ZUR ARBEIT



Ein klares Konzept und die richtige Radinfrastruktur motivieren die Belegschaft zum Radfahren. Das Klinikum Wels-Grieskirchen zeigt vor, wie's geht: Die radelnden Mitarbeiter:innen wurden mit Helmen ausgestattet, ab Herbst 2020 werden von der Radmodellregion geförderte Job-Räder angekauft, in der Mobilitätswoche im September bekamen die Radfahrer:innen ein Frühstückssackerl als Dankeschön.

www.radmodellregion.at/service/tipps/zur-arbeit/



APP FÜR MEHR RAD-VERKEHRSSICHERHEIT

Mithilfe der App SimRa können Daten zu Sicherheitslücken für Radfahrende gesammelt werden. Wels Umland ist in der App als Region abrufbar und die Radmodellregion lädt ein, mitzumachen.



www.radmodellregion.at/simra-app-fuer-mehr-radverkehrssicherheit/

Video Meet & Bike

Wie kommen Kinder in die Schule? Was ermöglicht sicheres Radfahren am Weg zur Schule und was braucht es dafür noch? Das Mobilitätsteam des BRG Wels Wallererstraße gibt in diesem tollen Video einen Einblick in die Aktivitäten rund um den Schulweg per Rad.

www.radmodellregion.at/video-der-meet-bike-schulen-wels/

RADROUTEN FÜR DEN ALLTAG

Alle Gemeinden der Radmodellregion sind über zurzeit 15 Radrouten unterschiedlicher Qualität gut erreichbar. Die Mehrheit der Strecken in Wels und Umgebung ist komfortabel mit dem Rad befahrbar. Die Ausführung der Radrouten kann unterschiedlich sein und zum Beispiel auch eine Kombination von Radwegen, Güterwegen, Nebenstraßen und stellenweise Landesstraßen bedeuten. Die Radrouten nach



Wels und zwischen Umland-Gemeinden werden nach und nach optimiert.

www.radmodellregion.at/radrouten/

RADWORKSHOPS

Betriebe in der Radmodellregion Wels Umland können Radfahren in den Fokus rücken, indem sie Radworkshops anbieten. Je nach inhaltlichem Interesse kann ein E-Bike Fahrtechniktraining, ein allgemeines Fahrsicherheitstraining, ein Reparaturworkshop oder ein Fahrradcheck gebucht werden.

Die Angebote können auch im Rahmen eines Fahrradaktionstages im Betrieb in Anspruch genommen werden.

Weitere Infos und Fördermöglichkeiten für Betriebe: www.radmodellregion.at/service/angebot-fuer-betriebe/

OÖ. RADVERNETZUNGS-TREFFEN 2023

Das Radvernetzungstreffen ist im Bundesland Oberösterreich die größte Veranstaltung zur Alltagsradmobilität. In den letzten Jahren nahmen jeweils zwischen 250 und 300 Gäste teil. Das Publikum besteht vorwiegend aus Vertreter:innen von Politik und Verwaltung aus den Gemeinden und des Landes OÖ, aber auch Interessierte aus anderen Organisationen und Bundesländern nehmen daran teil.

Das Radvernetzungstreffen 2023 steht unter dem Motto

„Wege bereiten fürs Rad“ und wird am Mittwoch den 31. Mai 2023 im großen Saal des OÖ Kulturquartiers in der Landeshauptstadt Linz stattfinden. Thema: wie Gemeinden und Regionen zu einer guten Radinfrastruktur kommen. Derzeit ist das Programm der Veranstaltung noch in Ausarbeitung.

31. Mai 2023, 9 bis 16 Uhr, Kulturquartier, Linz
Anmeldung: www.fahrradberatung.at/radvernetzungstreffen-2023/

WO BLEIBT DER RADAUSBAU?

„Verkehrslandesrat Steinkellner blickt gerne in die Zukunft der Mobilität, übersieht aber das dafür Nötige und Nahliegende. Denn die Radinfrastruktur ist nicht ansatzweise dort, wo sie sein sollte. Es müssen die Radhaupttrouten ausgebaut, sondern auch bestehende Gefahrenstellen beseitigen. Gerade jetzt im Frühling werden wieder viele Menschen auf das Rad umsteigen. Noch viel mehr wären bereit dazu, wenn sie mit dem Rad endlich risikoloser unterwegs sein könnten.“



Dagmar Engl, Landtagsabgeordnete und Verkehrssprecherin der Grünen OÖ.



Foto: kidicalmass

KINDERRADFAHRT

Der öffentliche Raum wird leider vom Autoverkehr dominiert. Das muss sich ändern. Deswegen treten am Samstag, den 6. Mai 2023 um 14 Uhr am Linzer Pfarrplatz und am Sonntag, den 7. Mai ab 14.00 Uhr in Steyr am Stadtplatz Kinder, Jugendliche und Erwachsene in die Pedale, um auf die Notwendigkeit sicherer und kindergerechter Radverbindungen aufmerksam zu machen.

Info: www.kidicalmass.at



IMPRESSUM

oö.planet 01/2023 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M
Medieninhaber:innen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
Herausgeber:innen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.
Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger
Mitarbeiter:innen und Autor:innen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Irene Mayer-Kilani, Mag.ª (FH) Sandra Prommer, Mag.ª Dagmar Engl
Korrektorat: Mag.ª Barbara Vanek
Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr
Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner
Adressverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00, Richard Steinmetz, service.oee@gruene.at
Druck: Wimmer Medien Druck, Linz
Verbreitete Auflage: 22.000 Stück
Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Mitte Juli 2023.

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

SCHWARZ-BLAU GEZIMMERTES, BLEISCHWERES MITTELMASS

Läuft eh in Oberösterreich, warum die permanente Kritik an der Landeskoalition. Eine beiläufige Frage an mich in einer kürzlichen Diskussion. In der Frage steckt schon die Antwort. Weil's so viel besser ginge, weil's so viele Möglichkeiten gäbe. Es ist dieses schwarz-blau gezimmerte Mittelmaß, das bleiern über dem Land hängt – mit Drall zum Nachzügler und Sonderling. Ein paar Beispiele. Die Koalition hat keinen Plan, wie sie das Land klimaneutral machen soll, auch die Fachwelt hält die Klima- und Energiestrategie für völlig ungeeignet.

„Sie rücken auch nicht vom Proporz ab und machen das Land damit zum demokratiepolitischen Nachzügler.“

Andere Bundesländer bauen hunderte neue Windräder, Schwarz-Blau sperrt sich kategorisch gegen neue Standorte. Oberösterreich verhindert weiter ein bundesweit einheitliches Jugendschutzgesetz. ÖVP und FPÖ bilden sich ein, dass Oberösterreichs Jugendliche eine Stunde früher zuhause sein müssen als in allen anderen Bundesländern. Sie rücken auch nicht vom Proporz ab und machen das Land damit zum demokratiepolitischen Nachzügler, siehe den Bericht nebenan. Der Start der neuen Digitaluni als Bildungsboost ist de facto verbockt und man lässt nichts unversucht, dringend benötigte ausländische Fachkräfte durch rigorose Sozialgesetze und eine fremdenskeptische Grundhaltung abzuschrecken. Wohlgermerkt, nur einige Beispiele und diese lediglich aus den letzten Monaten. Oberösterreich hat so viele erfolgreiche, innovative Menschen, Betriebe, Aushängeschilder, Vorreiter:innen, Weltmarktführer:innen. Es hat die Voest als innovativen Weltkonzern im Großen und die meisten Patent-Anmeldungen im Kleinen. Es sind sie, die Oberösterreich voranbringen, nicht wegen der verantwortlichen Politik, sondern trotz ihr. Ein eindeutiges Ja, es ginge besser.



IMMER WIEDER DIESE LÄSTIGE PROPORZDEBATTE

Oberösterreich wurde zum demokratiepolitischen Nachzügler. Der Regierungsproporz wird nach wie vor verherrlicht, die Minderheitenrechte im Landtag sind mau, Akteneinsicht nicht in Sicht... Wann wird Oberösterreichs Demokratie endlich durchlüftet?

■ MARKUS ECKER

Es ist ja nachvollziehbar. Was macht man gemeinsam, wenn man etwas nicht will? Wie agiert man bei Unangenehmem, Nervendem oder Störendem, das das Gewohnte infrage stellt? Man schweigt, ignoriert oder versucht es zumindest. Und wenn dies nicht möglich ist, keimt der Trotz. Der aktuelle schwarz-blaue Umgang mit dem Proporz – oder besser dessen Abschaffung – dient dafür als Modell, beobachtbar im weiteren Rahmen des jüngsten Landtags.

Die Diskussion erstreckt sich mittlerweile über Jahrzehnte. Nur noch in Ober-, Niederösterreich und dem Sonderfall Wien gibt es den Proporz. Jenes Regierungssystem, das jeder Fraktion im Landtag ab einer gewissen Stärke auch einen Regierungssitz garantiert. „Die Grenze zwischen Regierung und Opposition ist schwammig. Die Mehrheitskoalition kann in die anderen Ressorts hineinregieren, wie es ihr passt und die Opposition kann die Regierung nicht so kontrollieren, wie es sein müsste“, fasst der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr die Lage in Oberösterreich zusammen.

Jetzt zum aktuellen Stand und Anlass. Seit 1997 fordern die Grünen statt des Proporz ein modernes Regierungssystem. Mit klarer Teilung in eine verantwortliche Regierung einerseits und eine gestärkte Opposition mit ausgebauten Kontrollrechten andererseits „Seit so vielen Jahren wartet Oberösterreich auf diese Demokratisierung und politische Durchlüftung. Jetzt hätte sich die Chance geboten, aber die ÖVP hat jetzt unmissverständlich die Tür zugemacht“ meint Mayr. Denn nach dem Schwenk der SPÖ pro Abschaffung hätte es mit der ÖVP eine Mehrheit gegeben, dieses Relikt zu beseitigen. „Aber die LH-Partei kuschelt

„Aber die LH-Partei kuschelt sich an die FPÖ. Gemeinsam fürchtet man um Macht und Einfluss.“

sich an die FPÖ. Gemeinsam fürchtet man um Macht und Einfluss und versucht diese nervige Debatte abzudrehen“. Im zuständigen Unterausschuss hat die Koalition das auch gemacht, im



Foto: Bilderbox.at

jüngsten Landtag und damit vor breitem Publikum wars nicht möglich. „Ganz Oberösterreich konnte miterleben, wie sich die schwarz-blauen Spitzen an diesem Relikt festklammern. Wie sie über eine so wunderbar breite Zusammenarbeit im Land schwadronieren, die sie selbst torpedieren und die es längst nicht mehr gibt“, fasst Mayr den schwarz-blauen Auftritt zusammen. Eine unüberhörbare Dosis Medienbeleidigung aus der Koalitionsriege sollte auch nicht unerwähnt bleiben.

Mehr Rechte für die Kleinen

Da stehen wir nun: Oberösterreich als demokratiepolitischer Nachzügler mit Proporz-Verherrlichung und einziges Bundesland ohne Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht. Auch eine Akteneinsicht für Abgeordnete ist weit und breit nicht in Sicht. Und wie geht's weiter? Das Ritual wird fortgesetzt, so ernüchternd das auch klingen mag. Ein Belassen und Akzeptieren ist denkunmöglich. „Der Druck auf die Koalition ist bereits groß. Aus den Reihen der Politik, der Medien, Fachleute und ganz einfach durch die Kraft des Faktischen. Mit jeder neuen Entwicklung und jeder kommenden Debatte wird er weiter steigen. Es wird Schwarz-Blau immer wieder lästig sein und stören. Aber Genervtheit ist kein Kriterium der politischen Debatte und das ist gut so.“

AUSLÄNDER-EINTOPF AUS DER POPULISTEN-KÜCHE

Wenn es um Migrant:innen und Flüchtlinge geht, ist der politische Reflex sehr einseitig.

■ MARKUS ECKER

Es ist gängige Küchenpraxis. Topf, Zutaten, verrührt, vermischt und frisch serviert. Auch der Rechtspopulismus kennt dies. Flüchtlingswesen, Zuwanderung, Asyl, Zusammenleben – alles in einen Topf und als „Ausländerthema“ heiß aufgetragen. Zwei mustergültige Beispiele dazu. Einerseits die Ausschreitungen zu Halloween, andererseits der Brandanschlag auf das geplante Asylquartier in Linz. Es sind selbstverständlich Fälle für die Gerichte. Was

erleben wir in der politischen Debatte: „Wären die Grenzen dicht, hätten wir keine Flüchtlinge, hätten wir keine Krawalle, hätten wir kein Asylzentrum und keinen Brandanschlag, weil sich niemand fürchten müsste. Das ist überspitzt der bekannte Populisten-Eintopf“, fasst die Grüne Integrations Sprecherin Ines Vukajlović die Debatte im jüngsten Landtag zusammen. Die Sahnehäubchen: der zuständige VP-Landesrat verurteilt den Brandanschlag zwar, um umgehend den ungebremsten Zustrom illegaler Migrant:innen zu geißeln. Zudem bringen ÖVP und FPÖ bemerkenswerte Anträge ein, etwa auf verschärfte Altersfeststellung bei Asylwerber:innen oder auf Ausschluss von Asylwerber:innen vom Klima-

bonus. Anträge, denen – man beachte – sogar die SPÖ zustimmt.

Asyl ist ein Menschenrecht

Ja, die Migrationspolitik ist herausfordernd. Was im Eintopf nicht mehr sichtbar ist, sind grundlegende Fakten. „Menschen flüchten vor Elend, Bedrohung und unter Lebensgefahr. Asyl ist ein Menschenrecht und gilt für alle. Integration und ein gutes Zusammenleben erfordern Bereitschaft und Respekt auf beiden Seiten. Abertausende Beispiele zeigen, wie es erfolgreich funktioniert. Auch die Wirtschaft profitiert von Zuwanderung, ohne sie wären viele Gesundheits- und Pflegeleistungen nicht mehr denkbar“, fasst



Foto: Die Grünen ÖÖ

Vukajlović: „Auch die Wirtschaft profitiert von Zuwanderung.“

Vukajlović zusammen. Dass auf die Halloween-Nacht mit mehr Gesprächen mit migrantischen Jugendlichen reagiert wird, ist gut. Blicke noch, die einfache Rezeptur gründlich zu überarbeiten und den wabernden Dunst aus Vorurteil, Verunsicherung und Spaltung aus der politischen Küche zu vertreiben.



KLIMASCHUTZ IN OÖ OHNE PLAN UND WINDKRAFT

Die Klimastrategie unseres Bundeslandes ist völlig ungeeignet, die nationalen Ziele zu erreichen, sind sich nicht nur die Expert:innen einig. Vor allem dann, wenn der Ausbau der Windenergie in Oberösterreich weiterhin blockiert wird.

MARKUS ECKER

Die Definition eines Plans ist landläufig bekannt. Was will man, bis wann ist was zu tun, was braucht man? Grob gefasst. Jedes mittel- bis größere Unterfangen braucht einen Plan. Der Hausbau sowieso, selbst die ausgedehntere Urlaubsreise und erst recht doch eher umfangreiche Aufgaben wie Klimaschutz und Energiewende. Sollte man meinen. Aber dafür hat die schwarz-blaue Landeskoalition genau keinen Plan, oder besser: sie hält ihre Klima- und Energiestrategie für einen solchen. Was wir Grünen und viele

Expert:innen zu diesem Papier sagen, ist breit vermittelt worden. Völlig ungeeignet ist sie, die Klima- und Energieziele zu erreichen. „Eine Ansammlung bestehender Maßnahmen samt einer Auflistung von Verwaltungsaufgaben. Aber kein verpflichtender Treibhausgas-Emissionspfad, um das Ziel Klimaneutralität 2040 zu erreichen und vor allem keine neuen Maßnahmen“, fasst die Grüne Klimaschutzsprecherin Anne-Sophie Bauer zusammen. Summa summarum: kein Plan.

Es könnte aber auch ein Irrtum gewesen sein oder ein gewieftes Vorgehen, um unter großem Getöse die wirklich großen Brocken anzukündigen. Daher haben die Grünen in der jüngsten Landtagssitzung bei LH Stelzer nachgefragt, welche neuen Maßnahmen denn noch kommen. Immerhin hat er die Strategie in Auftrag gegeben. Nein, weder Irrtum noch besonderer Clou. Denn „da kommt nichts. Es wird keine neuen Maßnahmen geben. Keine Weiterentwicklung des

Plans. Wir haben vom Landeshauptmann nur Loblieder auf die so tolle Strategie gehört und dünnhäutige Reaktionen auf unsere Kritik. Das wars“, meint Bauer.

Was wären denn Maßnahmen, die in einem richtigen Klima- und Energieplan drin sein müssten? Da gäbe es den Ausbau der Windkraft, der ja dank der schwarz-blauen Blockade praktisch eingestellt ist. Und schon mal im Absage-Modus hat LH Stelzer in einer zweiten Grünen Anfrage nachgelegt. „Er wird die Bürgermeister:innen-Initiative für einen Windpark am Saurüssel nicht aktiv unterstützen. Eine ernüchternde Kunde für uns Ortschef:innen und die Energiewende“, meint LAbg. Rudi Hemetsberger, als Bürgermeister von Attersee selbst Teil der Initiative. Zur Erklärung: Es handelt sich um 15 Bürgermeister:innen der Klima- und Energiemodellregion Attersee-Attergau – darunter viele von der ÖVP – die auf diesen Windpark drängen. Auf ein Schreiben an alle zuständigen

Regierungsmitglieder hatte nur Oberwindkraftblockierer Landesrat Haimbuchner mit einem unverhohlenen „Nö“ geantwortet. Von der ÖVP keine Reaktion, daher die Anfrage: „Das ist schon ein Highlight. 15 Gemeinden wollen ein konkretes Windkraftprojekt umsetzen, mit Zustimmung der Bevölkerung. Und an Schwarz-Blau perlt das ab“, meint Hemetsberger. Für die Energiewende ist die Windkraft unverzichtbar, aber „die schwarz-blaue Phalanx will sie nicht, schon gar keine neuen Anlagen, und dafür hat man im sogenannten Windmasterplan auch vorgesorgt“ kritisiert Hemetsberger. Denn dieser überzieht das Land mit roten Ausschluss-Zonen und macht neue Projekte praktisch unmöglich. „Nur bestehende Anlagen sollen eventuell ausgebaut werden. Dass das nicht ausreicht, ist wohl einleuchtend“.

Sorry, offensichtlich nicht für die Entscheidungsträger in Oberösterreich, die dem Klimaschutz mit Hausverstand anhängen.

EIN WEITER WEG ZU KINDERLAND NR. 1

„Der Weg zum Kinderland Nummer 1 ist weit und gepflastert mit vielen offenen Fragen“, sieht der Grüne Bildungssprecher LAbg



Reinhard Ammer die Pläne von LRin Haberland lobenswert, aber überaus ambitioniert. Demnach sollen 100 neue Gruppen entstehen, die Gruppen kleiner werden. „Aber wo sind die dafür nötigen Kindergartenpädagog:innen zu finden, herrscht doch jetzt schon Personal-mangel“, meint Ammer, der bezweifelt, dass das bisher geschürte Paket für eine Personaloffensive ausreicht. „Vom Kinderbetreuungs-Schlusslicht an die Spitze wird es Oberösterreich nur schaffen, wenn weitere Investitionen folgen und die bisherigen Maßnahmen spürbar nachgebessert werden“, meint Ammer.

WINTERTOURISMUS MUSS UND WIRD SICH ÄNDERN

„Der Wintertourismus in OÖ wird sich ändern und die Politik hat diesen Wandel zu gestalten“, sieht sich die Grüne Tourismus-sprecherin Ulrike



Schwarz vom jüngsten Landesrechnungshofbericht voll bestätigt. Dieser fordert angesichts von Klimawandel und nötigem Klimaschutz einen geänderten Kurs für den Wintertourismus, der sich in der Tourismusstrategie des Landes wiederfinden muss. Es ist offensichtlich: Die Schneegrenzen steigen, ohne massiven Kunstschneeinsatz ist ein Skibetrieb kaum noch möglich. Für kleine Gebiete kaum leistbar und durch die steigenden Temperaturen vielerorts auch gar nicht mehr machbar. „Diese Neuausrichtung muss jetzt starten“, fordert Schwarz.

„Eine Neuausrichtung, die nicht nur auf den klassischen Skilauf setzt. Wir müssen das Angebot im Winter erweitern, die Förderungen dort konzentrieren, aber auch den Ganzjahrestourismus gezielt ausbauen“, meint Schwarz, die auch voll hinter der LRH-Forderung steht, den Öffentlichen Verkehr in die Tourismusgebiete zu stärken.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

26. MÄRZ 2023

Mein liebes Tagebuch, Frühling is, die Sonn kommt zruck, die Vogerl a, aber wenss gescheit sein, fliegens einfach weiter. Scharfer Rechtswind zwischen Scheibbs und Nairobi. Derf ma des eigentlich noch sagen in Niederösterreich? Fragen über Fragen bei der schwarz-blauen Liaison. Ist an der Macht kleben wirklich besser als auf da Straßen, hat a Steigen Marillen tatsächlich mehr Gehalt als a Wahlversprechen, wird die Energiewende in Niederösterreich jetzt zur Udo-Pie, kriegen jetzt die Schulen neiche Liederbücher, haßen Kepab künftig Nöbap und vor allem: wirts doch noch einen Hanni-

Moon mit dem Udo geben? Es wird sich alles weisen. A in der SPÖ. Eh schon wissen. Die SP Open, die offenen Meisterschaften um den roten Thron. 73 Teilnehmer:innen gibts, eh nur 71 mehr als geplant. Ganze Mannschaften treten an um den Chfessessel, oder halt Frauschäften oder sagt ma da Genossenschaften. Die SPÖ wollt immer scho a Massenbewegung sein, aber ob des so gmant ist? Vielleicht hätt man doch auf an Head Hunter setzen sollen, statt auf an Kandidaten-Flashmob.

Und was macht der Kanzler? Nachdem er die Corona-Wissenschaftler:innen vergrätzt

hat und der Gecko davon-grennt ist, hat er an nu a Rede gehalten. A Rede wie des letzte Seidl vorm Hamgehn. A Pfiati Gott Lackerl bevor der letzte Benzinbruada des Licht abdraht. I was net, in welcher alten schwarzen Schreibtischlad er die Rede gefunden hat, muss um die 60er, 70er Jahre gewesen sein, aber schad um den Baum, der für de Zetteln draufgangen ist. Aber eigentlich war die Ansprach a Schrei nach blauer Liebe.

Die ÖVP da in Oberösterreich muss kan Balzruf mehr absetzen. Die haben die FPÖ seit Jahren am Schoß. Schön gmütlich eingricht, my proporz

ist my castle. Da weiß man, was man hat oder besser, was ma net hat. Da waß ma, dass sich neben neicha Windradln a sonst nix bewegt. Man soll sich beim Klimaschutz net dauernd selbst kasteien und lieber schau, wie weit wir schon kommen san, sagt der Landeshauptmann. Naja, ist mit freiem Auge schwer zum Sagen. Und kommt auch drauf an wohin ma wü.

So, ich lass ma aber trotzdem den Appetit net verderben, i werde ma jetzt was kochen, nur verbrenna derf is net, des gibt Streit.

MARKUS ECKER

WENN EIN POLITISCHES ANLIEGEN ZUR HYMNE WIRD

In seiner Wind-Hymne verbindet Stefan Kaineder seinen Einsatz für den Ausbau Erneuerbarer Energie mit seinem gesanglichen Talent. Kaineder betritt damit Neuland, ist es doch ein Unikat, dass Spitzenpolitiker die Leute singend von jener politischen Botschaft

überzeugen wollen, die sie persönlich antreibt. Es kommt nicht alle Tage vor, dass so eine Aktion eine solche mediale Resonanz hervorruft. Selbst Stermann und Grisse- mann kamen nicht umhin, einen (wohlmeinenden) Kommentar dazu abzugeben.

LIEDTEXT: „NIMMA WORTN, HEIT AUPOCKN – WINDRADL SOIN SE DRAHN“

STROPHE 1 es wor amoi a Land,
recht sche mit Stadt und Land,
mit Berg und See, owa Klimakrise vor da Tür,
drum mias ma schnö wos doa

REFRAIN Wind waht im ganzen Land
wir hättens afoch in da Hand nimma wortn,
heit aupockn, Windradl soin se drahn

STROPHE 2 de Lösung, auf de mias ma setzen den Wind,
de Sun, des Wosser nutz!
Planet und unsere Kinder gfreits,
den Strom den mochma söwa!

REFRAIN (2x) Wind waht im ganzen Land,
wir hättens afoch in da Hand nimma wortn,
heit aupockn, Windradl soin se drahn

STROPHE 3 De Bremser hom hoit 's Gas so gern
des gfoit a sehr dem russischen Herrn
der Spaß is worn zum bittern Ernst
und blechn damma olle

REFRAIN 2 am Hügel waht a guata Wind,
drum pock ma au und nutz man,
gschwind Kemmts, Leidln,
samma gscheit es geht ums Hoamatland!

MELODIE: WELLERMAN
TEXT: TEAM STEFAN KAINEDER
<https://www.tiktok.com/@stefankaineder/video/7194755614097067270>



TERMINE 2023

13. April: 19.00 Linz, Wissensturm
Leben in der Polykrise – Ursachen und Auswege
Vortrag mit Rudi Anschöber

24. Mai: 19.00 Uhr, Linz, Saal der GBW OÖ
Lebenswelten weiblicher Geflüchteter

Mit welchen Herausforderungen sind Frauen mit Fluchthintergrund konfrontiert, wenn es um Flucht, Ankunft und ihre Teilnahme in der Aufnahmegesellschaft geht?

16. bis 20. Juli: Bildungsreise Brüssel: Ins Herz der Europäischen Union
Es sind noch wenige Plätze frei. Nähere Infos zu diesen Veranstaltungen: ooe.gbw.at

Infoabend

Stefan Kaineder gibt an diesem Abend Antworten auf die brennenden Energiefragen unserer Zeit. Im Vortrag von Energieberater DI Martin Danner geht es um Infos zu konkreten Schritten der Energiewende, wie Photovoltaik, Heizungstausch und E-Mobilität, samt Überblick zu aktuellen Förderprogrammen.

Di., 11. April um 19:00 im Stadtcafé Zwiebel, Linzer Str. 36, 4614 Marchtrenk

Mo., 8. Mai um 19:00

im Gasthaus Hubinger, Hauptstr. 81, 4092 Esternberg
Di., 23. Mai um 19:00 beim Wirt im Feld, Ennsstr. 99, 4407 Dietach

Di., 13. Juni um 19.00 Uhr Gasthaus Goldener Hirsch, Böhmergasse 8/10, 4240 Freistadt

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB [facebook.com/grueneooe](https://www.facebook.com/grueneooe)

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at



KUNSTAKTION IN LINZ GEGEN GEWALT AN FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Tiroler Künstlerin Katharina Cibulka hat Mitte März ein Baugerüst am Gebäude der Kunstuniversität Linz am Hauptplatz 8 (donauseitig) mit einem ganz besonderen Gerüstnetz behängt. Das Netz ist im Kreuzstich von Hand. Die Baustelle mit Baugerüst verweist auf eine klassisch männlich konnotierte Domäne, im Gegensatz dazu steht die vermeintlich klassisch weibliche Handarbeit des Stickens:

Im Verbund wird eine wichtige Botschaft transportiert, die das ganze Land betrifft. Gewalt gegen Frauen und Mädchen - ob in Beziehungen, am Arbeitsplatz, physisch oder psychisch betrifft die gesamte Gesellschaft. Als offene, fortschrittliche Gesellschaft müssen wir uns klar gegen jede Form der Gewalt gegen Mädchen und Frauen positionieren. Grundvoraussetzung dafür ist Geschlechtergerechtigkeit.



BITTE MEHR GRAUZONEN!

Ich umschiffe das Thema wie ein Seemann das Bermuda-Dreieck. Aber man entkommt ihm nicht ...

TEXT RENÉ FREUND

Die Emotionen gehen hoch, sobald man über jene Worte redet, die mit Co beginnen und mit -vid oder -rona enden. Wie sollen die während der Pandemie entstandenen Gräben überwunden werden? Ich versuche es immer wieder mit persönlichen Gesprächen.

Auf der einen Seite stehen die absoluten Impf- und Maßnahmenbefürworter:innen: Für sie wurde alles richtig gemacht und wer daran zu zweifeln wagt, ist ein „ein:e Schwurbler:in“ und Wissenschaftsverweigerer:in. Ich merke zart an, dass die Geschichte der Wissenschaft eine Geschichte der Irrtümer ist; dass es durchaus Gründe gibt, der Pharmaindustrie und ihrer globalen Lobbyanstalt, der WHO, zu misstrauen, siehe Contergan und Missbildungen, Vogelgrippe und Tamiflu usw... Ich gebe zu bedenken, wie lange es gedauert hat bis zur Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper, und dass es problematisch ist, wenn ein Staat – siehe Impfpflicht – über unsere Körper verfügen will. Dass es schließlich andere Wege gegeben hätte, mit der Bevölkerung zu kommunizieren als mit dieser katholisch-autoritären Herablassung.

Auf der anderen Seite rede ich mich gegen Verschwörungstheorien den Mund fusselig. Den Vorwurf der Meinungsdictatur im Journalismus etwa kann nur jemand erheben, der noch nie eine Redaktion von innen gesehen hat. Es ist in demokratischen Ländern unmöglich, die Einzelmeinungen,

die während der Redaktionskonferenzen, bei Ganggesprächen, beim Faktencheck entstehen, unter Tausenden Journalistinnen und Journalisten gleichzuschalten. Dasselbe gilt für die Intensivstationen: Da höre ich immer wieder, die wären nie voll gewesen und wenn, dann mit Impf-Geschädigten. Wie aber soll es möglich sein, weltweit alle Ärzt:innen sowie das gesamte Pflegepersonal in den Spitälern lückenlos zum Lügen zu bringen? Und vor allem: Wozu? Diese Fragen konnte mir noch niemand beantworten. Okay, Impfstoffe wurden verkauft. Aber ganz ehrlich, gegen die üblichen Gewinne der Pharmaindustrie sind das Peanuts, die diesen Aufwand nicht wert wären.

Meine Vermittlungsversuche hatten noch nie Erfolg. In der wirklichen Welt kommen aber weder Schwarz noch Weiß in ihrer Reinform vor: Ohne Grauzonen geht es nicht! Von mir aus könnten sie gerne auch bunt sein.

René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal. Im Juli erscheint sein neuer Roman „Wilde Jagd“ im Zsolnay Verlag.

